

7,9 Millionen Euro für Praterdebakel

Im Skandal um die Gestaltung des Riesenradplatzes im Prater werden die Wiener Steuerzahler zur Kasse gebeten

VP und BZÖ fordern den Rücktritt von SP-Vizebürgermeisterin Grete Laska.

Wien - Die Stadt Wien wird in der Affäre um die Neugestaltung des Riesenradplatzes im Prater für Gläubigerforderungen von insgesamt 7,9 Millionen Euro geradestehen. Das hat ein Sprecher der zuständigen Vizebürgermeisterin Grete Laska (SP) am Freitag bestätigt. Diese Forderungen waren von Subunternehmern nach der Insolvenz des Generalunternehmers Explore 5D angefallen.

Diese Firma war von der gemeindeeigenen Stadt Wien Marketing und PraterService GesmbH ins Leben gerufen worden, um das Praterentrée neu zu gestalten. Es kam zum Planungsdebakel. Im Mai wurde ihr von der Stadt Wien gekündigt, im Juni meldete Explore 5D Insolvenz an. Die Baukosten waren mit 28 Millionen Euro gedeckelt, aber explodiert. 40 Firmen und Gewerbetreibende, die an den Bauarbeiten beteiligt wurden, bangten um ihre Existenz. Sie erhoben nach der Insolvenz des Generalunternehmers Forderungen von insgesamt 20 Millionen Euro, stimmten im August dann einer Gläubigerquote von 40 Prozent zu. Trotz allem ist fertiggebaut worden, nicht zuletzt wegen der nahenden Fußballeuropameisterschaft. Das Projekt, die „freihändige“ Vergabe durch die SP-Vizebürgermeisterin Laska wie die Abwicklung sorgte von Anfang an für politischen Streit. Der Laska-Sprecher ließ am Freitag wissen, dass alle Parteien gewollt hätten, dass die Stadt nun aus dem Budget aktiv werden sollte.

Ganz anders sehen ÖVP und FPÖ den Fall. Es werde hier Geld „in ein Fass ohne Boden gepumpt“, kritisierte der nicht amtsführende VP-Stadtrat Norbert Walter, Laska müsse sofort zurücktreten, da sie „zunehmend zur Gefahr für Geldbörsen der Wienerinnen und Wiener wird“. Empört zeigte sich auch der Wiener BZÖ-Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl, Herbert Scheibner. Es stelle sich nach wie vor die Frage, was mit den 17 Millionen Euro, die Explore 5D von der Stadt Wien überwiesen worden seien, passiert sei. Walter rechnete vor, dass alleine das Prater-Debakel gemeinsam mit dem „Fiasko um die Fanzone beim Hanappi-Sadion“ während der Fußball-EM die Bürger bis jetzt insgesamt 48 Millionen Euro gekostet hätten.

Einen Beschluss zur Zahlung soll der Wiener Stadtsenat am Dienstag fassen. (red/DER STANDARD, Printausgabe, 13.9.2008)